

Politik auf den Punkt gebracht

Hermann Färber MdB informiert

Rede Plenum
Rentenpaket
Mindestlohn
Koalitionsvertrag
EEG-Reform
Bundesparteitag

Rede Plenum

"Direktzahlungsdurchführungsgesetz" hört sich erst einmal abschreckend an, aber es geht um etwas sehr Grundlegendes: Die Reform der Europäischen Agrarpolitik, die Ende 2013 in Brüssel beschlossen worden ist, wird nun in deutsches Recht umgesetzt. Landwirte erhalten weiterhin einen finanziellen Ausgleich für die Leistungen, die sie für den Erhalt der Kulturlandschaft und ökologische Standards erbringen, für die aber am Markt kein Preis gezahlt wird. Diese Zahlungen werden nun nach einem neuen System berechnet. So erhalten kleine Höfe besondere Zuschüsse, ebenso gibt es eine bundesweit einheitliche Basisprämie. Negativ zu bewerten ist eine deutliche Zunahme der Bürokratie für die Landwirte. Ich bin in der CDU/CSU-Fraktion der zuständige Berichterstatter für dieses Gesetz und habe im Plenum dazu auch gesprochen.

Rentenpaket

Ein weiteres wichtiges Thema diese Woche im Bundestag war das Rentenpaket. Es enthält die von der Union geforderte Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren. Außerdem gibt es noch Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten. Die Mütterrente löst ein Gerechtigkeitsproblem, das halte ich für völlig richtig. Ein Wort noch zur Finanzierung und Generationengerechtigkeit: Wir können die Mütterrente aus den Mitteln finanzieren, die der Bund aus dem Haushalt, also aus Steuermitteln, in den letzten Jahren an die Rentenversicherung gezahlt hat, die aber wegen der guten Konjunktur nicht benötigt wurden. Ebenfalls auf Grund der guten Konjunktur sind in den letzten Jahren mehrfach die Rentenversicherungsbeiträge für die Jüngeren, also die Beitragszahler, gesenkt worden. Ich finde es in Ordnung, wenn ein Teil dieser Gelder nun auch der Rentnergeneration zu Gute kommt. Bei der abschlagsfreien Rente mit 63 müssen wir im Gesetzgebungsverfahren noch an Details arbeiten. Wir wollen in jedem Fall verhindern, dass es zu einer Frühverrentungswelle womöglich ab 61 Jahre kommt. Denn wenn Jahre der Arbeitslosigkeit ohne Stichtagsregelung auf die 45 Jahre angerechnet werden, dann könnten Arbeitnehmer mit 61 in die Arbeitslosigkeit gehen und zwei Jahre später mit 63 abschlagsfrei in Rente. Und so sehr ich das persönlich jedem gönne würde - es ist für unsere Sozialsysteme einfach nicht finanzierbar.

Mindestlohn

Die Regierung hat diese Woche den Gesetzentwurf zum Mindestlohn auf den Weg gebracht, der grundsätzlich ab 1.1.2015 gelten soll. Auch hier sind noch einige Einzelheiten offen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn alle Arbeitnehmer in Deutschland durch ihre Arbeit den Mindestlohn am Markt erwirtschaften könnten. Das ist derzeit aber nicht überall der Fall. Wir müssen bei einigen Branchen zumindest eine Übergangszeit einbauen, wie es in dem Entwurf auch vorgesehen ist. Dazu gehören etwa Zeitungszusteller, aber auch Teile

der Landwirtschaft, vor allem im Bereich Erntehelfer. Hier konkurrieren unsere Obstbauern mit Produzenten in Rumänien, die wesentlich weniger als den deutschen Mindestlohn zahlen. Und im Unterschied zur Industrie kann die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die wir ja alle erhalten wollen, diesen Nachteil nicht durch Technisierung wettmachen. Wenn Menschen hier statt des Mindestlohns die Arbeitslosigkeit droht, dann ist das für niemanden ein Fortschritt. Denn dann würden nicht nur die Arbeitsplätze abwandern, sondern auch die Produktion. Deshalb unterstütze ich es, dass es für diese wirklich schwierigen Branchen die Übergangszeit bis 1.1.2017 gibt.

Koalitionsvertrag

Ich will die Gelegenheit nutzen, um mein grundsätzliches Verhältnis zu Beschlüssen des Koalitionsvertrags zu erklären: Die Union hat am 22. September 2013 ein hervorragendes Wahlergebnis erzielt, aber eben nicht die absolute Mehrheit. Der Wähler hat sich dafür entschieden, die Union mit der Regierungsverantwortung zu betrauen, aber eben nicht alleine. Wir brauchen also einen Koalitionspartner. Dafür mussten wir Zugeständnisse machen, wir haben aber auch viel erreicht. Mir war schon bei der Abstimmung in der Fraktion zum Koalitionsvertrag bewusst, dass er verschiedene Dinge enthält, die wir als Fraktion alleine so sicher nicht beschlossen hätten und die ich für mich persönlich auch abgelehnt hätte. Ich war und bin aber auch davon überzeugt, dass ein besseres Verhandlungsergebnis nicht zu erreichen war und aus dieser Sicht halte ich das erreichte Paket auch für vertretbar. Ich habe in der Fraktionssitzung am 26.11.2013 darum dem Koalitionsvertrag insgesamt zugestimmt. An diese Zustimmung fühle ich mich gebunden, ich will das die Koalition erfolgreich arbeitet. Deshalb werde ich in Zukunft auch die Kompromisse, die meine Fraktion im Koalitionsvertrag eingegangen ist, mittragen, solange die andere Seite dies auch tut. Das mag manchem nicht gefallen, für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass ich gegebene Zusagen einhalte. So kennt man mich bisher und so möchte ich auch bleiben. Das gilt selbstverständlich nicht für Gesetzentwürfe, die über den Koalitionsvertrag hinausgehen. Hier behalte ich mir natürlich mein eigenes Urteil vor.

EEG-Reform

Der Gesetzentwurf von Minister Gabriel zur Reform des erneuerbaren Energien-Gesetzes hat viel Kritik ausgelöst. Auch für unsere Fraktion war der tiefe Eingriff in bestehende Zusagen nicht hinnehmbar. Es ist klar, dass in Zukunft in einigen Bereichen Überförderung abgebaut werden muss. Der Bestandsschutz für bestehende Anlagen muss aber erhalten bleiben. Bürgerinnen und Bürger haben im Vertrauen auf Zusagen des Staates Investitionen getätigt. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht mutwillig enttäuschen. Nach schwierigen Verhandlungen sind wir da jetzt auf einem guten Weg.

Bundesparteitag

Am Samstag war ich beim 26. Bundesparteitag der CDU in Berlin. Dort verabschiedeten wir das Wahlprogramm für die Europawahl am 25. Mai 2014. Es steht unter dem Motto „Gemeinsam erfolgreich in Europa.“ – Sie können es [hier](#) lesen. Für mich ist wichtig, dass Deutschland Europa engagiert mitgestalten muss, denn die EU stellt viele wichtige Weichen. Wir dürfen das nicht anderen überlassen, sondern müssen uns aktiv einbringen und uns für unsere Werte stark machen. Nur wenn wir starke Vertreter in Brüssel und Straßburg haben, wird uns das gelingen. Es stehen viele Herausforderungen an und die EU ist zum Teil ein großer Kraftakt, aber die Vorteile – wie Friedenssicherung, der freie Waren-

verkehr und das problemlose reisen und leben innerhalb der EU – sind die Mühe wert! Außerdem brauchen wir ein starkes Europa, um auf dem globalisierten Markt bestehen zu können. Die CDU kann und will hierfür die nötige Verantwortung auf europäischer Ebene übernehmen!



Hermann Färber

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kreis Göppingen

Heidenheimer Straße 68 | 73079 Süßen | 07162 3057057 | hermann.farber@bundestag.de